



Mit seiner jüngsten Rede zur Lage der Nation hat Donald Trump erneut ein Zeichen gesetzt – nicht nur politisch, sondern auch rhetorisch. Die Ansprache vor beiden Kammern des Kongresses war die längste ihrer Art in der amerikanischen Geschichte. Doch jenseits der Rekordmarke offenbarte sie vor allem eines: die Fortsetzung eines bekannten Narrativs – und bemerkenswerte Leerstellen in wichtigen Fragen der Außenpolitik.

Trump wiederholte zentrale Botschaften seiner bisherigen Präsidentschaft. Der Krieg in der Ukraine, so seine Darstellung, wäre unter seiner Präsidentschaft nie ausgebrochen. Zudem beanspruchte er, acht Kriege beendet zu haben – eine Zahl, die unabhängige Faktenprüfer differenziert bewerten. Wie bereits in früheren Reden präsentierte sich Trump als Dealmaker, der Konflikte durch persönliche Verhandlungsmacht entschärft. In diesem Zusammenhang dankte er ausdrücklich seinem Schwiegersohn Jared Kushner sowie seinem Sondergesandten Steve Witkoff – zwei Vertrauten, die maßgeblich an diplomatischen Initiativen beteiligt sind.

Auffällig war hingegen, wie knapp Trump das Thema Iran behandelte – obwohl Berichte kursieren, wonach das Weiße Haus militärische Optionen gegen Teheran prüft. Zwar warnte der Präsident, Iran entwickle Raketen mit potenzieller Reichweite bis in die USA, und bekräftigte, man werde Teheran niemals den Besitz einer Atomwaffe erlauben. Zugleich äußerte er den Wunsch nach einem neuen Abkommen.

Doch konkrete Zielvorstellungen blieben aus. Welche strategische Ordnung strebt Washington im Nahen Osten an? Wie sähe ein akzeptables Abkommen mit Iran aus? Und welche Risiken wäre die Administration bereit einzugehen? Die Rede bot darauf keine Antwort. Damit verpasste Trump die Gelegenheit, seine Iran-Politik kohärent zu umreißen – in einem Moment, der geopolitisch brisant ist.

Gerade in Zeiten wachsender internationaler Spannungen sind nicht nur Entschlossenheit, sondern auch strategische Klarheit gefragt. Trumps Rede setzte auf Stärke – doch ließ offen, wohin diese führen soll.

Würgegriff um Havanna: Steht Kuba vor einer



historischen Zäsur?

Seit fast sieben Jahrzehnten ist Kuba ein geopolitischer Stachel im Fleisch der Vereinigten Staaten. Nur 150 Kilometer von Florida entfernt, behauptet sich der sozialistische Inselstaat seit der Revolution von 1959 unter wechselndem, aber kontinuierlichem Druck aus Washington. Weder die gescheiterte Invasion in der Schweinebucht noch jahrzehntelange Sanktionen oder verdeckte Operationen konnten das Regime zu Fall bringen. Nun jedoch deutet vieles darauf hin, dass die aktuelle Krise eine neue Qualität erreicht hat.

Bereits vor der jüngsten Verschärfung der US-Politik befand sich Kubas Wirtschaft in einem strukturellen Ausnahmezustand. Nach dem Zerfall der Sowjetunion verlor Havanna seinen wichtigsten Förderer; es folgte die „Período Especial“, eine Phase drastischer Versorgungsengpässe. Das Regime reagierte mit pragmatischen Anpassungen: Öl aus Venezuela unter Hugo Chávez, Deviseneinnahmen durch medizinische Auslandseinsätze sowie eine staatlich kontrollierte Öffnung für den Tourismus, insbesondere aus Kanada und Europa. Diese drei Säulen hielten das System über Wasser.

Heute geraten sie zugleich ins Wanken. Die jüngste US-Administration unter Donald Trump hat gezielt jene Kanäle ins Visier genommen, über die Kuba bislang überlebte. Die faktische Unterbindung venezolanischer Öllieferungen – zuletzt rund 35.000 Barrel täglich – trifft die Insel ins Mark. Hinzu kommen Maßnahmen, die Tourismuseinnahmen und medizinische Unterstützung aus dem Ausland erschweren. Das Resultat: zweistellige Inflation, Treibstoffmangel, stundenlange Stromausfälle. In Havanna häufen sich Müllberge; vielerorts steht das öffentliche Leben still.

Historisch betrachtet haben sich Prognosen über den baldigen Zusammenbruch der kubanischen Führung nie erfüllt. Doch im Unterschied zu früheren Krisen fehlt diesmal ein externer Rettungsanker. Präsident Miguel Díaz-Canel spricht von einem „Wirtschaftskrieg“ und schließt Kapitulation aus. Gleichzeitig signalisiert die Regierung Gesprächsbereitschaft – ein Hinweis auf die angespannte Lage.

Ob sozialer Protest, interne Machtverschiebungen oder eine diplomatisch verhandelte Öffnung den Ausschlag geben werden, ist offen. Sicher ist nur: Die strategische Geduld, mit der Havanna bisher jede Krise aussaß, wird auf eine harte Probe gestellt. Sollte die Energieversorgung dauerhaft kollabieren, stünde das sozialistische System vor seiner bislang schwersten Bewährungsprobe.



WEITERE NACHRICHTEN

Während der **Krieg in der Ukraine** in sein fünftes Jahr geht, gerät Russlands Wirtschaft zunehmend unter Druck; rund die Hälfte des föderalen Staatshaushalts fließt inzwischen in die Kriegsführung.

Meta plant, Halbleiter im Wert von mehreren Milliarden Dollar von Advanced Micro Devices zu erwerben, um KI-Technologien zu entwickeln und neue Rechenzentren zu betreiben.

Ein neuer **US-Zollsatz** von 10 Prozent ist in Kraft getreten, obwohl Trump eigentlich angekündigt hatte, einen Satz von 15 Prozent zu erheben. Ein Sprecher des Weißen Hauses erklärte, die Erhöhung werde noch ausgearbeitet.

Russlands Inlandsgeheimdienst ermittelt gegen Pawel Durow, den milliardenschweren Gründer der App Telegram, wegen des Verdachts der Beihilfe zum Terrorismus.

CHINA

Rund 100 hochrangige chinesische Militäranghörige sind seit 2022 entmachtet worden oder verschwunden. Dies höhlt die Führungsebene der Streitkräfte aus und wirft Fragen hinsichtlich ihrer Einsatzfähigkeit auf.

China erklärte, es werde Exporte an japanische Unternehmen mit Verbindungen zur Verteidigungsindustrie einschränken.

Sollte China Taiwan angreifen und dessen Chip-Exporte unterbrechen, würde dies die US-Wirtschaft schwer treffen. Eine vertiefende Analyse der New York Times beleuchtet das drohende Szenario, das im Silicon Valley zu lange ignoriert wurde.

EPSTEIN-AKTEN

Die Festnahme von **Peter Mandelson**, dem ehemaligen britischen Botschafter in den USA, ist der jüngste Ausdruck eines politischen Skandals, der die regierende Labour-Partei erschüttert.



WAS SONST NOCH GESCHAH

Die Direktorin des **Louvre-Museums** ist zurückgetreten – weniger als drei Monate nachdem Einbrecher Kronjuwelen aus der Sammlung entwendet hatten.

Romane von **Daniel Kehlmann, Olga Ravn und Gabriela Cabezón Cámara** zählen zu den 13 Titeln, die für den diesjährigen International Booker Prize nominiert wurden.

Der YouTuber, Komiker und Schauspieler **Russell Brand** erklärte sich in London in Anklagepunkten wegen sexueller Nötigung und Vergewaltigung für nicht schuldig.

P. T.